



Rechtsextremismus in osteuropäischen Ländern

Zeitschriftenlese OST-WEST Europäische Perspektiven, Heft 3/2012

Bricht die Mitte weg? Diese Frage stellt sich die neue Ausgabe von OST-WEST unter dem Schwerpunktthema „Rechtsextremismus in Mittel- und Osteuropa“. In Zeiten des Wandels und der Krisen melden sich nicht nur die zu Wort, welche den Fortschritt mitgestalten und die Krisen konstruktiv bewältigen wollen, sondern auch solche, die angesichts derartiger Veränderungen einen destruktiven gesellschaftspolitischen Revisionismus propagieren. Drohende Staatspleiten, milliardenschwere Rettungspakete, Arbeitslosigkeit und soziale Not angesichts immer härterer Sparmaßnahmen – die Eurokrise lässt Fragen um die Zukunft Europas entstehen. Antworten auf diese Fragen formulieren vermehrt auch rechtsextreme Parteien, die sich am rationalen Diskurs nicht beteiligen, sondern damit auf Stimmenfang gehen, dass sie Europa eine gemeinsame Zukunft absprechen und die Vision Europa verneinen.

In der Ablehnung rationaler Diskurse und der gleichzeitigen Betonung autoritärer Kommunikationsformen drückt sich ein Aspekt rechtsextremer Ideologie aus: Gewaltakzeptanz. Gewalt ist in ihr als Konfliktlösungsstrategie anerkannt. Verbunden mit der Ablehnung der Vorstellung, dass alle Menschen gleichwertig sind, ergibt sich ein Ethnozentrismus, der Minderheiten gewaltsam auszugrenzen sucht. Doch diese Ungleichwertigkeitsvorstellung steht im Rechtsextremismus nicht im Singular, sondern im Plural: „Rechtsextremismus kann man als ein mehrdimensionales Einstellungsmuster bezeichnen, das sich aus Menschen- und Gesellschaftsbildern zusammensetzt, in denen verschiedene Vorstellungen von Ungleichwertigkeit enthalten sind. Diese beruhen auf einer ganzheitlichen Weltsicht.“ (169) So schreibt Stefan Borrmann in seinem einleitenden

den Beitrag. Begriffe wie Faschismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus oder Autoritarismus sind also nicht Synonyme, sondern Facetten des Begriffs Rechtsextremismus.

Realität ist Rechtsextremismus in Ost- wie Westeuropa gleichermaßen. Ob die FPÖ in Österreich (17,5%), Jobbik in Ungarn (16,7%) oder die Partei für die Freiheit in den Niederlanden (15,5%) – jede dieser Parteien konnte genug Stimmanteile auf sich vereinigen um ins jeweilige nationale Parlament einzuziehen. Doch auch wenn alle diese Parteien und ihre Anhänger als rechtsextrem bezeichnet werden, unterscheiden sie sich in ihrer jeweiligen Agenda, betonen jeweils andere Aspekte der rechtsradikalen Ideologie. Die Komplexität des Begriffs erlaubt eine ganze Reihe verschiedener Erscheinungsformen rechtsextremer Ideologie. Britta Schellenberg dokumentiert in ihrem



Beitrag Unterschiede und Gemeinsamkeiten rechtsradikaler Erscheinungen in Ost- und Westeuropa. Eine Gemeinsamkeit ist die Bestimmung der Zugehörigkeit über den als ethnisch homogen definierten „Volkkörper“ und die folgerichtige Ausgrenzung alles Anderen und Fremden. Die eigene Zukunft wird in der Vergangenheit gesucht: „Die Akteure beschwören etwas angeblich Vergangenes, eine ethnisch und religiös homogene Gesellschaft, die es freilich in der Realität nie gab.“ (173) Schellenberg bezeichnet dieses Phänomen als „regressive Utopie“. Nationale Identität gegen multikulturelle Gesellschaft. Unterschiede macht die Autorin vor allem darin aus, dass die



osteuropäische Rechte zwar weniger organisiert, gleichzeitig aber wesentlich gewaltbereiter ist als ihr westeuropäisches Pendant. Dazu passt eine starke Ausprägung des subkulturellen Milieus, das oft auch als Transportvehikel für rechtsextreme Organisationsformen und Ideen dient: „Es zeichnet sich durch lose Strukturen und ein hohes Gewaltpotenzial aus“ (172). Während rechte Parteien in westeuropäischen Staaten mit nahezu durchgehender demokratischer Tradition vorgeben, die eigentlich wahren Demokraten zu sein und allenfalls die parlamentarische liberale Demokratie ablehnen, ist die osteuropäische Rechte „häufig per se antidemokratisch“ (177). Zielgruppe der rechten Parteien sind, besonders im postkommunistischen Osteuropa, die relativen Verlierer gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.

Dass sich der Hass dieser sogenannten Verlierer aber nicht unbedingt gegen die Gewinner, sondern oft gegen die noch größeren Verlierer richtet, zeigt die **soziale Marginalisierung der Roma in Bulgarien**. Die soziale Realität, die Dimitar Denkov in seinem Beitrag beschreibt ist erschreckend: Während bereits 24 Prozent der Bevölkerung in Bulgarien unter der Armutsgrenze von 101 € pro Monat leben, müssen 84 Prozent der Roma mit einem Euro oder weniger pro Tag auskommen. Auf dem Land sind 35–50 Prozent der Roma arbeitslos und selbst in Sofia, wo die Arbeitslosenquote nur 3–4 Prozent beträgt, sind 30 Prozent, das heißt ungefähr 18.000 Roma, ohne Arbeit. Dies treibt die Roma mehr und mehr an den Rand der Gesellschaft und auch in die Kriminalität. In der Folge bleibt die Minderheit unter sich, Integration wird „aufgrund eines fehlenden gemeinsamen Arbeits- und Alltagslebens unmöglich“ (184). Das wird besonders deutlich wenn man den Blick auf das Bildungssystem richtet: 20,5 Prozent der Roma haben nie eine Schule besucht, gut die Hälfte hat nur einen Grundschulabschluss. Ein solch geringes Bildungsniveau „garantiert [...]“

die Stabilität einer Politik, die kein Interesse an einer Verringerung oder Überwindung dieser Ungleichstellung durch Bildung, Aufklärung und Qualifikation hat“ (185). Die Nationalisten suchen währenddessen das Problem nicht in der Gesellschaft, sondern bei den Roma selbst und geben ihnen die Schuld an ihrer Misere. Die ca. 38 Prozent der bulgarischen Bevölkerung, die sich dafür aussprechen die Roma auszusiedeln, scheinen ähnlicher Auffassung zu sein.

In der Minderheit befinden sich die Roma auch im Kosovo. Auch hier sind sie Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt wie Jeton Neziraj berichtet. **Im albanisch-serbischen Konflikt gerieten die Roma zwischen die Fronten**, insbesondere, weil viele von ihnen unter Milosevic von der Diskriminierung der Serben profitiert haben: Nach der Vertreibung vieler Albaner von ihren Arbeitsplätzen wurden einige davon mit Roma besetzt und auch serbische Milizen rekrutierten Roma. Deshalb gelten sie großen Teilen der albanischen Bevölkerung als „Handlanger des serbischen Extremismus“ (189). Ein Vorurteil, das sich auch unter kosovarischen Intellektuellen findet.

„Diese Rasse muss man hier in ein paar Tagen durch den Fleischwolf drehen“ (198). So äußerte sich der ungarische Kommunalpolitiker Oszkar Juhász von der Partei Jobbik über die Roma, die in Ungarn die größte Minderheit stellen. Bei den Wahlen 2010 erhielt seine Partei 17 Prozent der Stimmen und ist damit im nationalen Parlament vertreten. Es ist eine Partei aus deren Umfeld Leute kommen, die Roma aus rechtsextremer Überzeugung ermordet haben. Man möchte meinen, dies seien extremistische Randerscheinungen, wie in Deutschland die NPD eine ist, und es habe nichts gemein mit den Überzeugungen der politischen Führung und der Mehrheit des Volkes. Doch, so Stefan Ozsváth in seinem Artikel, „die Rechtsextremen treiben Viktor Orbán, den national-konservativen Ministerpräsidenten, der mit

Zweidrittelmehrheit regiert, noch weiter nach rechts“ (196). Dabei handelt es sich bei ihm um einen Politiker, der nationalistischen Parolen schon vorher nicht abgeneigt war. **Die ungarische Regierung betreibt eine Politik des Geschichtsrevisionismus**. Damit verbunden ist auch die Abwendung von Europa. „Wir werden keine Kolonie sein“ zitiert Ozváth den ungarischen Premier in diesem Zusammenhang. Die Frustration in der Krise sorgt bei der rechtsextremen Jobbik für Zulauf. In der Hoffnung diese potenziellen Wähler einzufangen, wird auch der Ton der Regierungspartei schärfer. Dazu gehört u. a. offener Antisemitismus: Orbán diskriminiert Juden als „Fremderherzige“. Und so lautet die Einschätzung des Autors: „Die Rechte ist übermächtig“ (201).

Auch im Nachbarland Rumänien ist es der Hass auf Minderheiten, insbesondere auf Roma und Ungarn, sowie auf den Multikulturalismus und die EU, welcher die rechtsextremen Parteien und Organisationen eint. Allerdings ist die Rechte im politischen Rumänien längst nicht so etabliert wie sie es in Ungarn ist. Die Organisation Noua Dreapta (Neue Rechte) „definiert sich [...] als eine euroskeptische Gegnerin des Multikulturalismus und der NATO“ (221). Zusammen mit einer weiteren ultranationalistischen Organisation gibt es seit 2011 den Plan zur Schaffung einer entsprechenden Partei. Er ist bisher allerdings nicht umgesetzt worden. William Totok konstatiert in seinem Beitrag: „Die [...] rechtsextremen Parteien sind untereinander allerdings heillos zerstritten [...] Die ‚Führer‘ solcher rechtsextremer Gruppierungen erheben eifersüchtig den Anspruch darauf, allein die Ideale der rumänischen Nation zu vertreten“ (220). Die Gefahr sieht der Autor bisher nicht so sehr im politisch recht schwachen Rechtsextremismus, sondern eher darin, dass nationalistische Rhetorik auch zum wahltaktischen Repertoire demokratischer Parteien gehört – dies kann die Demokratie unterminieren.

Zu Zeiten der UdSSR wurden jegliche nationalistischen Gruppierungen in der Ukraine vom KGB und vom Innenministerium sofort zerschlagen. Während der zwei ersten Jahrzehnte nach dem Zerfall der Sowjetunion blieben rechtsextreme Gruppierungen eine Randerscheinung ohne Relevanz bei nationalen Wahlen. Aber seit dem Ende des letzten Jahrzehnts werden auch Erfolge der Rechten sichtbar. So gewann die ultranationalistische Partei Svoboda (Freiheit) 2009 bei Regionalwahlen in einem Westukrainischen Bezirk mit 34,7 Prozent der Stimmen und stellt damit 50 der 120 Abgeordneten. Noch ist keine rechtsradikale Partei im ukrainischen Parlament vertreten, ob sich das bei den nächsten Wahlen ändert, bleibt abzuwarten – so die Autoren Anton Shekhovtsov und Andreas Umland.

In Russland, dem „großen Bruder“ der bisher angesprochenen Staaten, gibt es derzeit eine wachsende Fremdenfeindlichkeit. Für Natalja Zorkaja hat die Sowjetepoche daran einen wesentlichen Anteil. Eine ihrer wichtigen Folgen ist „ein bis heute ausschlaggebendes Massen- oder Kollektibewusstsein des russischen Men-

schens. Dieses seinem Sinn und seiner Struktur nach archaische Prinzip wurde prägend für die neue Identität des postsowjetischen Menschen“ (226). Diese Vorstellung von der Besonderheit des Eigenen stärkt den Eindruck von der Andersartigkeit des Fremden und beinhaltet dessen Exklusion. Über die Jahre entwickelte sich daraus eine sich immer weiter verfestigende **Xenophobie in Russland**: „Die Xenophobie ist [...] Syndrom einer stagnierenden Gesellschaft, in der die Autoritäten, die Idealvorstellungen und Ziele, die Hoffnungen auf die Zukunft fehlen. Sie stellt die primitive Form eines konservativen Selbstschutzes dar, eines Widerstandes gegenüber der Modernisierung [...]“. (232)

Rassismus, Faschismus, Nazismus, Antisemitismus und Homophobie – in diesen Kategorien erfasst der Verein „NIGDY WIECEJ“ („Nie wieder“) Straftaten mit fremdenfeindlichem und rassistischen Hintergrund in Polen. In Ermangelung einer entsprechenden staatlichen Institution beobachtet und katalogisiert der Verein entsprechende Vorfälle systematisch. Man muss das Problem kennen, um darüber reden zu können. Deshalb ist eine solche Arbeit

sinnvoll und folgerichtig bemerkt Anna Tatar in ihrem Artikel: „Die Kenntnis dieses wichtigen sozialen Problems in Polen ermöglicht Maßnahmen, um Diskriminierung und Intoleranz entgegenzuwirken, sowie positive Einstellungen wie etwa Toleranz und Offenheit gegenüber Fremdheit und Multikulturalität zu fördern“ (211).

Bricht die Mitte also weg? Das lässt sich so verallgemeinernd nicht sagen, dennoch bleibt der Rechtsextremismus eine Gefahr, die es zu beobachten gilt. Der Gründungsvertrag der EU wurde beschlossen „in dem Wunsch, die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken“, so steht es in der Präambel. Es gilt stets diese Solidarität in Europa zu erhalten und gegen Extremismus zu verteidigen, wie Uwe Backes im Interview am Ende des Heftes feststellt: „Die Auseinandersetzung mit [dem Rechtsextremismus] stellt aller Erfahrung nach eine gesellschaftliche Daueraufgabe dar.“ (237) – gerade in Zeiten der Krise.

Christian Willmes, Heidelberg

Buchbesprechungen



Verfassung ohne Grund?

Essen, Georg (Hg.): *Verfassung ohne Grund? Die Rede des Papstes vor dem Bundestag. Freiburg im Breisgau: Herder 2012, 278 S., ISBN 978-3-451-30576-4.*

Der Dogmatiker Georg Essen hat ein weiteres Bändchen in der durchaus hilfreichen Reihe „Theologie kontrovers“ bei Herder herausgegeben. Immer wieder

sind Entscheidungen, Aussagen oder Texte von Papst Benedikt Gegenstand der Debatte in diesen Bänden; diesmal ist es dessen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22. September 2011. Das Buch enthält nach dem Wortlaut der Rede zunächst zwei geringfügig überarbeitete, eher feuilletonistische Ad-hoc-Reaktionen auf diese. Die eine stammt vom

FAZ-Redakteur Christian Geyer und äußert sich sehr kritisch gegenüber dem von Benedikt vertretenen Naturrechtsansatz, die andere kommt aus der Feder von Otto Kallscheuer und ist geradezu euphorisch positiv, nicht nur im Hinblick auf die Bundestagsrede, sondern auf den gesamten Deutschlandbesuch des Papstes. Grund für das Lob

